

Glarner Kompromiss: Standseilbahn soll Braunwald erschliessen

Baudirektor Thomas Tschudi will endlich einen Grundsatzentscheid, wie Braunwald erschlossen werden soll – notfalls gegen den Willen des Landrates. Die Geschichte des Kompromisses im letzten Moment.

von Ueli Weber

Das Kompromissangebot des Glarner Regierungsrates ans Parlament flatterte erst vor einer Woche in die E-Mail-Posteingänge der Landratsmitglieder. Darin stand: Eine Standseilbahn solle Braunwald erschliessen. Und zusätzlich als Kompromiss: Der Hüttenberg wird von der Bergstation aus erschlossen.

Dieser neue Vorschlag zur Erschliessung Braunwalds musste besprochen werden. Also steckten die Mitglieder der vorberatenden Kommission noch am frühen Mittwochmorgen vor dem Start der Landratssitzung die Köpfe zusammen.

Am Ende dieser «ominösen Morgensitzung» (Wortlaut Priska Müller-Wahl, GLP) gingen die Meinungen auseinander. Kommissionspräsident Christian Marti (FDP) konstatierte in der Landratsdebatte: Ein «echter Kompromiss» sei das nicht. Martin Baumgartner (SVP) fand hingegen, man solle die «ausgestreckte Hand ergreifen».

Ausgestreckte Hand und drohende Faust

Während Baudirektor Thomas Tschudi (SVP) die eine Hand ausstreckte, ballte er die andere zur drohenden Faust. Am Anfang der Debatte liess er wissen: Wenn der Landrat dem Vorschlag der Regierung nicht folge, komme diese trotzdem mit ihrem eigenen Antrag vor die Landsgemeinde. Es wäre ein seltenes Schauspiel: Zuletzt waren sich Parlament und Regierungsrat beim Stimmrechtsalter 16 uneinig – also vor bald 20 Jahren.

Es lief also nochmals auf einen Schlagabtausch im Kantonsparlament hinaus.

Eine Diskussionsgrundlage für die Landsgemeinde

Baudirektor Thomas Tschudi will unbedingt die kommende Landsgemein-



Zu Kompromiss bereit: Baudirektor Thomas Tschudi unterbreitet dem Parlament einen Vorschlag, wie Braunwald erschlossen werden soll.

Bilder Keystone und Sasi Subramaniam

30:24

Stimmen

Mit 30:24 Stimmen entschied sich der Landrat für den **Kompromiss**.

de im Grundsatz entscheiden lassen, auf welche Art Braunwald künftig erschlossen wird. Offenbar fürchtet Tschudi ansonsten ein jahrelanges Hin und Her wie bei den Umfahrungsstrassen.

Die Glarner Kantonsregierung wollte darum im neuen Gesetz über den öffentlichen Verkehr festschreiben, dass Braunwald durch eine Standseilbahn erschlossen werde. Der Passus ist als Diskussionsgrundlage für die Landsgemeinde gedacht. Wenn die Glarnerinnen und Glarner lieber eine Gondelbahn wollen, können sie den Passus einfach ändern, so die Idee.

Strich durch die Rechnung

In der ersten Lesung Ende Januar hatte das Parlament der Regierung aber einen Strich durch die Rechnung ge-

macht. Der Landrat beschloss eine viel offenere Formulierung: Braunwald solle bis zum Hüttenberg erschlossen werden, wo die Sportbahnen sind. Ob nun eine Standseilbahn oder eine Gondelbahn nach Braunwald hochführen soll, liess das Parlament offen. Gleich wie die Frage, ob der Hüttenberg nun direkt oder indirekt erschlossen werden solle.

Sollte die Landsgemeinde diesem Gesetzestext zustimmen, wäre unklar, welche Variante der Regierungsrat ausarbeiten sollte. Möglich wäre eine Gondelbahn in den Hüttenberg. Oder auch eine Standseilbahn bis zur heutigen Bergstation, mit einer wie auch immer gearteten ÖV-Verbindung bis zum Hüttenberg. Der Verwaltung fehlten jedoch die Leute, um mehrere Varianten auszuarbeiten, von denen am Schluss vielleicht gar

keine passt, warnte Baudirektor Thomas Tschudi.

So sieht der Kompromiss aus

Die Kantonsregierung machte mit ihrem Kompromissvorschlag vor der zweiten Lesung am Mittwoch nochmals einen Versuch, mit dem Parlament auf einen Nenner zu kommen. Neu soll im Gesetz stehen: Braunwald wird mit einer Standseilbahn erschlossen. Der Hüttenberg wird von der Bergstation aus mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen.

So beinhaltet der Vorschlag sowohl Art als auch Ort der Erschliessung.

Wie genau der Hüttenberg dann von der Bergstation erschlossen wird, lässt zwar auch dieser Gesetzestext offen. Tschudi sagte aber, er wolle keine falschen Hoffnungen schüren. Realistisch sei, den Hüttenberg mit kleinen E-Bussen zu erschliessen. Dies könne dafür schon in wenigen Jahren umgesetzt werden.

Für eine direkte Erschliessung des Hüttenbergs vom Tal aus, wie sie etwa die Sportbahnen fordern, fehle dem Kanton schlicht das Geld.

Die Debatte im Rat

In der Diskussion zeigte sich dann: Andere haben es weniger eilig als Thomas Tschudi. Kommissionspräsident Christian Marti mahnte: «Wir haben Zeit.» Nachdem die Standseilbahn erst vor kurzer Zeit umfänglich saniert wurde, dürfe diese für die nächsten 10 bis 20 Jahre weiterfahren. Es sei nicht nötig, sich auf eine Variante festzulegen.

Schlussendlich nahm der Landrat Tschudis ausgestreckte Hand aber an und stimmte (nach einer kleinen Änderung im Wortlaut) mit 30 zu 24 Stimmen für den Kompromiss.

Wirklich neu ist der Vorschlag allerdings nicht. Adrian Hager (SVP) hatte diese Lösung bereits in der ersten Lesung vorgeschlagen. Damals wollten seine Ratskolleginnen und -kollegen aber noch nichts davon wissen.

Das Gesetz kommt am ersten Mai-sonntag vor die Landsgemeinde.

Walenstadt: Wölfe reissen zwei Hirsche

Ende Januar und Anfang Februar haben sich Wölfe in Walenstadt bei der Jagd nach Fressbarem nahe an die Häuser gewagt.

von Ruedi Gubser

Jetzt hat der Wolf auch das Wohngebiet von Walenstadt erreicht. Zwischen den Churfürsten und dem Städtchen war er schon länger unterwegs. Vereinzelt wurde er auch gesichtet. Nun hat er aber nahe von Wohnhäusern Beute gemacht. Ihm konnten nämlich zwei Risse von Wildtieren nachgewiesen werden. In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar erwischte er am Sonnenberg ein Hirschkalb, und am 1. Februar erlegte er im Töbeli eine Hirschkuh. Dies tat er nicht weitab vom Wohngebiet, sondern einmal auf einer Wiese in unmittelbarer Nähe eines Wohnhauses und zehn Meter von einem Hasenstall entfernt. Und das zweite Mal jagte er das Wild zwischen zwei Mehrfamilienhäusern. Hier musste er wohl gestört worden sein, denn die Hirschkuh lag bis auf den tödlichen Biss unversehrt im Garten.

Anders verhielt es sich beim Hirschkalb. Hier trafen die zur Säube-

lung des «Schlachtplatzes» gerufenen Jäger nur noch ein paar Knochen an, was darauf hindeutet, dass mehrere Wölfe über das Hirschkalb hergefallen sind. «In derart kurzer Zeit kann nicht ein einzelner Wolf den jungen Hirsch komplett auffressen. Das wären rund 35 bis 40 Kilogramm Fleisch. Das ist unmöglich», sagt Paul Linder, Obmann der Jagdgesellschaft Walenstadt.

Der Fall Elm im Hinterkopf

Ein Wolf neben der Haustüre sorgt – ausser bei den Wolfsfreunden – nicht für Freude, sondern eher für Unbehagen. Der Fall in Elm, als sich zwei Wölfe einem vierjährigen Knaben bis auf 50 Meter näherten, ihm folgten, als er davonrannte und auch durch Rufe nur schwer zu vertreiben waren, ist noch präsent. Für diese zwei Wölfe verfügte der Kanton Glarus einen Tag nach dem Ereignis die sofortige Abschussverfügung (unsere Zeitung berichtete).

So auffällig waren die Wölfe, die in Walenstadt ihren Hunger stillten,

nicht. Sie wurden weder beim Angriff auf die Hirsche noch davor oder danach gesichtet. Einzig in die im Wald

angebrachte Fotofalle tappten sie. Dass sie verhaltensunauffällig sind, vermag jedoch nicht alle gänzlich zu beruhigen.



In bewohntem Gebiet: Mitten im Garten liegt die von einem Wolf gerissene Hirschkuh. Pressebild

gen. Eine gewisse Angst vor dem Wolf ist da.

Die Freude über Wölfe in der Nähe der Häuser hält sich beim Stadtnet Gemeindepräsidenten David Eberle in Grenzen: «Wohl oder übel haben wir mit dem Wolf zu leben. Solange er als bedrohte Tierart gilt und unter Schutz steht, müssen wir uns auf Begegnungen mit ihm am Rand und im Siedlungsgebiet wappnen und versuchen, uns mit ihm zu arrangieren.»

Auch in der Schule ein Thema

Wie mit dem Wolf umgehen, ist auch in der Schule ein Thema. «Wir werden gemeinsam mit dem Wildhüter die Thematik besprechen und ein Informationskonzept erarbeiten», betont Eberle. Vom Bund erwartet er, dass dieser den Wolf wie die anderen Wildtiere behandelt und Massnahmen für eine Regulierung trifft. «Es ist wichtig, die Wolfsrudel und die Entwicklung ihrer Population genau zu überwachen und bei Bedarf regulieren zu können», so Eberle.